



# Was ist ein effizientes Parlament? / Qu'est-ce qu'un parlement efficace?

Diskussion anlässlich der Jahresversammlung 2006 der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen / Rencontre-débat à l'occasion de l'Assemblée annuelle 2006 de la Société Suisse pour les questions parlementaires

**Nach einem einleitenden Referat der NZZ-Redaktorin Claudia Schoch war das Thema "Was ist ein effizientes Parlament" Gegenstand einer Podiumsdiskussion unter der Leitung des Präsidenten der SGP. Neben Frau Schoch diskutierten zwei Bundesparlamentarier, ein Kantonsparlamentarier sowie ein Regierungsrat. In einem zweiten Schritt antworteten die Podiumsteilnehmer auf Fragen aus dem Publikum. Die Fragen sind inhaltlich zusammengefasst und in indirekter Rede wiedergegeben.**

**Les participants ont pu assister à une table ronde consacrée à la question "Qu'est-ce qu'un parlement efficace?". Précédée d'un exposé présenté par Mme Claudia Schoch, journaliste de la NZZ, cette discussion était animée par le président de la SSP et articulée autour de deux temps forts. La première partie a permis aux intervenants, Mme Schoch, deux parlementaires de l'Assemblée fédérale, un député d'un parlement cantonal et un conseiller d'État, d'exposer leurs points de vue. Dans un deuxième temps, le public a été convié à poser des questions. Le lecteur trouvera ci-après un résumé des interventions des différents participants.**

## 1. Podiumsdiskussion / Table ronde

*Podiumsteilnehmer und -teilnehmerinnen / Intervenants:*

- Yves Christen, ancien président du Conseil national, PRD (VD)
- Carlo Conti, Regierungsrat CVP (BS)
- Andreas Gross, Nationalrat SP (ZH)
- Christian Heydecker, Kantonsrat FDP (SH)
- Claudia Schoch, Redaktorin NZZ
- Leitung: Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Präsident der SGP

*Ulrich Zimmerli* berichtet einleitend über eine Motion der SVP, welche im Grossen Rat des Kantons Bern eingereicht wurde zwecks Straffung des Grossratsbetriebs. Dabei ging es in erster Linie um die Einschränkung parlamentarischer Rederechte (Kürzung der Redezeiten, keine Kommissionsminderheitssprecher mehr, Verzicht auf Eintretensdebatten bei unumstrittenem Eintreten) sowie um die Abschaffung der Fragestunde. Auch sollten nur noch Min-

derheitsanträge gestellt werden dürfen, welche eine bestimmte Unterstützung in der Kommission hatten.

Er zitiert aus der Antwort des Büros: Darin wird festgehalten, dass nicht in allen Kantons- und Stadtparlamenten effizienzfördernde Regeln bestehen oder zur Anwendung gelangen. Wichtig sei auch die nicht reglementierbare Parlamentskultur, die systematische Zusammenarbeit der Fraktionspräsidenten, die straffe Führung durch die Leitungsorgane und die freiwillige Selbstdisziplin der Ratsmitglieder.

**Er stellt einleitend die Frage an Yves Christen, ob der Nationalrat seit der Zeit, als Herr Christen Präsident war, effizienter geworden ist.**

*Yves Christen* rappelle que le Bureau du conseil, de par les fonctions qu'il lui incombe en matière d'organisation, joue un rôle déterminant et qu'il peut contribuer à l'efficacité du Parlement. À cet égard, différentes possibilités s'offrent à lui pour piloter le déroulement des débats, notamment en répartissant les objets dans différentes catégories de traitement. Les bureaux pourraient en outre gagner encore en efficacité et en professionnalisme. Il estime par ailleurs que les présidents des différents groupes parlementaires, qui siègent également dans les Bureaux, se devraient de rappeler « leurs troupes » à l'ordre le cas échéant. Par expérience, Yves Christen sait à quel point le Parlement peut être efficace.

**Ulrich Zimmerli fragt, ob es Druck von Aussen brauche, damit ein Parlament effizient arbeite, sowie zum Beispiel bei der Umsetzung der bilateralen Verträge.**

*Andreas Gross* bestätigt, dass damals ein Druck von Aussen ermöglichte, dass das Parlament ein Potenzial gezeigt habe, welches es nicht immer erreiche. Diesen Druck brauche es jedoch nicht immer; das Parlament sei selbständig zu einer effizienten Handlungsweise fähig. Er erwähnt das Beispiel der Zwangsmassnahmen, welche binnen Jahresfrist von der Bundesversammlung verabschiedet wurden.

Um das schweizerische Parlament beurteilen zu können, helfe der Vergleich mit dem Ausland. Da würden verschiedene Vorteile des schweizerischen Parlamentarismus deutlich, zum Beispiel die Möglichkeit des eigenständigen Handelns der Parlamentsmitglieder, welche nicht wie in anderen

Ländern völlig in die Fraktionen eingebunden seien. Hier sieht er ein Potenzial, dass zum Teil brach liege. Hingegen sei es eine Schwäche des schweizerischen Parlaments, dass es zu wenig auf die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger eingehe. Das Parlament nehme hier seine Repräsentationsfunktion zu wenig wahr. So seien einige Mitglieder des Büros des Nationalrates zum Beispiel noch stolz darauf gewesen, dass sie eine Diskussion im Rat zu 9/11 verhindert haben.

Schliesslich weist Herr Gross auf die besondere Stellung eines Parlamentes in einem System der direkten Demokratie hin. Das Parlament in der direkten Demokratie müsse stark sein, um die direkte Demokratie zu stärken. In der direkten Demokratie sind letztlich die Bürgerinnen und Bürger auch Politikerinnen und Politiker. Ein Schweizer Bürger habe mehr Macht als ein französischer Parlamentarier. Die Resultate einer in Deutschland gemachte Umfrage betreffend die Wertschätzung von Politikern könne denn auch nicht auf die Schweiz übertragen werden.

**Ulrich Zimmerli stellt die Frage, ob das eidgenössische Parlament in Bezug auf Straffungen im Ratsbetrieb etwas von den Kantonen lernen könnte.**

*Christian Heydecker* stellt fest, dass es immer schwieriger wird, Personen für eine politische Tätigkeit zu gewinnen. Dabei sei nicht eigentlich das Problem, dass die Leute keine Zeit hätten, sondern dass ihnen die Zeit zu schade sei. Deshalb müsse man insbesondere auf kantonaler Ebene Überlegungen anstellen, wie man die parlamentarische Arbeit attraktiver gestalten könne, damit sich wieder mehr Leute für die Parlamentsarbeit interessieren. Einen Schritt zu mehr Effizienz stellt für ihn die Verkleinerung der Parlamente dar.

**Ulrich Zimmerli fragt was aus Regierungssicht ein effizientes Parlament sei.**

*Carlo Conti* stellt fest, dass zuerst geklärt werden müsse, ob man mit Effizienz zeitgerechtes Handeln versteht, oder ob man den Gesamtprozess im Auge habe. Die Debatten, bei denen grundsätzliche Auseinandersetzungen gefragt sind, bei denen die Richtung diskutiert wird, die Akzeptanz ausgelotet wird und die Erwartungshaltungen diskutiert werden, müssten breit geführt werden. Diese Debatten seien auch



für die Regierung wichtig, erlaubten sie es doch, die Grosswetterlage abzuschätzen. Allerdings würden solche Grundsatzdebatten häufig gar nicht mehr in den Parlamenten geführt, sondern in den Medien. In solchen Fällen ist dann die Debatte im Parlamentsplenum kaum mehr sinnvoll. Dort hingegen, wo die öffentliche Debatte noch nicht sichtbar ist, müsse das Parlament diese Debatte vollziehen und die Öffentlichkeit herstellen.

*Claudia Schoch* glaubt, dass die Öffentlichkeit weniger ein debattierendes Parlament erwarte. Das gehöre zwar auch dazu, aber die Öffentlichkeit wolle vor allem sehen, dass an den Entscheiden gearbeitet wird. Das könne die Öffentlichkeit jedoch wenig wahrnehmen und schliesse darum auf Ineffizienz. Die Wertschätzung von Politikern und Politikerinnen sei in der Schweiz sicher grösser als in Deutschland. Allerdings nehme auch in der Schweiz das Interesse an der Politik ab und es werde immer schwieriger, Personen für die Tätigkeit in Parlamenten zu gewinnen.

## 2. Diskussion mit dem Publikum/ Débat

*Irene Eichenberger, Grossstadträtin Schaffhausen*, stellt die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger wirklich so desinteressiert an der Politik seien. Sie beobachtet eine Gegenbewegung. So gebe es zum Beispiel in Schaffhausen etliche erfolgreiche Jungparteien. Sie verweist auch auf die vielen Bürgerinitiativen.

*Hartmuth Attenhofer, Kantonsratspräsident Zürich*, weist darauf hin, dass die Parlamente nicht nur Arbeitsparlamente sondern auch Redeparlamente sein müssten. Die öffentlichen Debatten würden von den Bürgerinnen und Bürger erwartet. Die Detailarbeit müsse in den Kommissionen stattfinden. Wolle man deshalb die Parlamente stärken, müsse man die Kommissionen stärken. Damit diese effizient arbeiten könnten, brauche es stark ausgebaute Parlamentsdienste. Die Vorlagen sollten in den Kommissionen soweit bereinigt werden können, dass nicht mehr allzu viele und nur noch die wichtigsten Minderheitsanträge ins Plenum kommen. Im Plenum sollte dann Platz sein für die Grundsatzdebatte, in welcher die Parteien ihre Positionen zum Ausdruck bringen können.

*Thomas Koch, alt Grossratspräsident Bern*, kommt noch einmal auf den vom Präsidenten der SGP zu Beginn der Diskussion erwähnten Vorstoss zur Effizienzsteigerung im Berner Grossen Rat zurück. Er weist darauf hin, dass der Vorstoss in allen Punkten zurückgezogen wurde, ausser in einem: Die Redezeitbeschränkung für Regierungsglieder und Kommissionssprecher. Das scheint ihm auch bezeichnend zu sein. Man könne über Effizienz diskutieren, aber wenn man in die Tiefe gehe, würde man sehen, dass es beim Parlament wahrscheinlich politisch nicht angebracht sei.

*Andreas Gross* teilt die Auffassung, dass viele Leute durchaus Interesse an politischen Fragen hätten. Die Unbeliebtheit kantonaler Parlamentssitze komme vielleicht daher, dass das Wesen des Politischen vielen zu wenig bewusst sei: Es brauche im Parlament Grundsatzdebatten; man könne nicht über die praktischen Details diskutieren, wenn das Grundsätzliche nicht klar sei. Diskussion sei eine Voraussetzung für eine weise Entscheidung. Vor diesem Hintergrund seien Redezeitbeschränkungen als problematisch zu beurteilen. Wenn zum Beispiel bei der Behandlung des Europaberichts im Nationalrat einer grossen Fraktion wie der SP nur 15 Minuten Redezeit zustehen, dann könnten die unterschiedlichen Standpunkte in einer Frage, welche die Schweiz noch viele Jahre beschäftigen würde, gar nicht genügend zum Ausdruck gebracht werden und es gäbe eine uninteressante Debatte. Parlamentarier und Parlamentarierinnen hätten aber die Pflicht für die Bevölkerung wichtige Fragen zu diskutieren, damit diese nachher weiter diskutieren könne.

*De l'avis de M. Yves Christen*, une des difficultés principales, notamment pour les assemblées législatives des cantons, tiendrait au fait que les députés, dans un parlement de milice, exercent leur mandat parallèlement à une activité professionnelle. De surcroît, les assemblées délibératives seraient tributaires de l'administration. Par ailleurs, l'impact des parlements cantonaux serait de moins en moins important, compte tenu de ce que la politique se jouerait de plus en plus à un niveau national.

À Berne, une part considérable du travail parlementaire s'effectue dans le cadre des commissions où les parlementaires sont malheureusement trop souvent tenus par

les intérêts des groupes de pression qu'ils représentent. Dans cette optique, les débats en plenum conserveraient donc toute leur pertinence.

Enfin, le système politique lui-même aurait une incidence sur l'efficacité. À cet égard, il serait de plus en plus difficile d'arriver à dégager une majorité sur les objets en discussion dans un système qui n'aurait plus de concordance que le nom. M. Christen estime en outre que, de par leur attitude, les deux principales formations politiques représentées à l'Assemblée fédérale empêcheraient le Parlement d'aller de l'avant.

*Christian Heydecker* stellt fest, dass an dieser Veranstaltung, an welcher vor allem Parlamentsinteressierte teilnehmen würden, erwartungsgemäss das Thema Effizienz nicht auf grosses Wohlwollen stosse. Wenn jedoch im Kanton Schaffhausen bei einer Stimmbeteiligung von fast zwei Dritteln 70% für eine Verkleinerung des Parlamentes stimmen, obwohl alle Parteien ausser die FDP und auch die einzige Tageszeitung gegen die Verkleinerung waren, dann sollte das ein Alarmsignal für die Parlamentarier sein. Auch er hat wie Herr Conti festgestellt, dass die Parlamentsdebatte häufig erst dann geführt werde, wenn die öffentliche Debatte bereits stattgefunden habe und die Positionen bekannt seien. Es brauche Massnahmen zur Effizienzsteigerung, wobei Redezeitbeschränkungen kein ideales Instrument seien. Mehr zu empfehlen sei ein verkleinertes Parlament, in dem das einzelne Parlamentsmitglied über mehr Freiheiten verfüge.

*Carlo Conti* erachtet es als problematisch, wenn die Parlamentstätigkeit fast nur noch in den Kommissionen stattfindet. Die grossen Geschäfte gehen direkt von der Regierung an die Parlamentskommission, in welcher die Partikulärinteressenvertreter das Heft in die Hand nehmen würden. Sinnvoller wäre vorher eine Eintretensdebatte im Parlamentsplenum, in welcher eine Gesamtschau vorgenommen und eine bestimmte Richtung vorgegeben werden könnte.

Er weist darauf hin, dass es ihn als Regierungsrat nicht stören würde, im Parlament einer Redezeitbeschränkung zu unterliegen. Er habe im Gegensatz zu den Parlamentsmitgliedern genügend andere Kanäle zur Verfügung, um sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Die Parlamentsmitglie-



der jedoch bräuchten die Plenumsdebatten, um ihre Standpunkte öffentlich vertreten zu können. Allerdings sei die Demokratie heute weitgehend eine Mediendemokratie: Anstelle der öffentlichen Versammlungen sei die Diskussion via Medien getreten.

**Ulrich Zimmerli stellt die Frage, ob es eine Möglichkeit wäre, das Parlament mit Grundsatzbeschlüssen, mit denen es der Regierung Leitplanken vorgeben kann, früher in die politische Debatte einzubeziehen.**

*Claudia Schoch* ist der Ansicht, dass im Parlamentsplenum nicht zum richtigen Zeitpunkt die brennenden Fragen diskutiert würden. Diese Fragen würden in den Kommissionen behandelt. Die Medien interessierten sich deshalb immer mehr für die Kommissionsarbeit. Deshalb müsse entweder am Ablauf des Entscheidungsprozesses etwas geändert werden, oder aber es müsse eine gewisse Öffnung bei den Kommissionen stattfinden. Die brennenden Fragen müssten zum richtigen Zeitpunkt an die Öffentlichkeit. Sonst hat nicht das Parlament das Heft in der Hand, sondern einzelne Parlamentsmitglieder, welche den Medien etwas stecken bzw. Medien, welche mit Raffinesse etwas herausfinden.

*Roland Neuner, Gemeinderat Zug*, stellt die Frage, ob die Macht der Medien heute nicht zu gross sei.

*Claudia Schoch* antwortet, dass die Macht der Medien tatsächlich gross sei. Allerdings könnten Medien nie alleine agieren. Es bestehe eine Wechselbeziehung mit der Politik, mit Lobbyisten und Verbänden, welche über die Medien an die Öffentlichkeit gelangen wollen. Wenn die Medien eine Frage aufnehmen möchten, die in der Bevölkerung, im Parlament und in den Verbänden kein Thema ist, dann würde dies nicht viel Wirkung haben. So würde zum Beispiel der Blick, welcher Kampagnen-Journalismus betreibt, bisweilen Themen aufgreifen, welche überhaupt keine Wellen werfen.

*Andreas Gross* weist darauf hin, dass die Medien einen unverzichtbaren Teil einer Demokratie darstellen würden. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich über die Medien orientieren können, wie gut sie von ihren Volksvertretern repräsentiert werden.

Auf der anderen Seite sind die Medien auch ein Geschäft. Dies bedeute, dass vor allem das publiziert werde, was sich auch verkaufen lässt. Problematisch stelle sich die Situation insbesondere in den Kantonen dar: Während über Bundespolitik durchaus noch in verschiedenen Medien berichtet würde, gäbe es auf Kantonsebene häufig nur noch eine Monopolzeitung. So ist im föderalistischen System der Schweiz, wo viele Entscheide auf Kantonsebene fallen, gar keine pluralistische Berichterstattung mehr möglich.

Problematisch sei auch die schwache Stellung der Parteien. Die Medien möchten am liebsten die Rolle der Parteien übernehmen, so war kürzlich in einer Sonntagszeitung zu lesen, die Parteien könnten abgeschafft werden.

Der Einfluss der Lobbies könne eindrücklich am Scheitern des Medienartikels aufgezeigt werden: Die Vorlage für eine Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine direkte Presseförderung wurde im Ständerat abgelehnt. In der zuständigen ständerätlichen Kommission sassen vier Verwaltungsgräte von den zuständigen monopolistischen Medienhäusern. Darüber wurde aber in den Medien nicht berichtet!

Selon *Yves Christen*, la conciliation d'intérêts aujourd'hui divergents passe par une professionnalisation accrue des parlements et des partis.

*Carlo Conti* ist der Ansicht, dass die starke Rolle der Medien auch auf dem Ablauf des politischen Entscheidungsprozesses beruht. Vor der Einführung ständiger Kommissionen sei das Parlament präsenter gewesen, da zu einem früheren Zeitpunkt eine Grundsatzdebatte im Parlamentsplenum stattgefunden habe. Heute jedoch seien die Geschäfte in den Kommissionen und es herrsche Funkstille. Er erwähnt die KVG-Debatte im Ständerat. Er hätte seinerzeit kurz vor der entsprechenden Debatte im Ständerat feststellen müssen, dass ausgewiesene Finanzpolitiker im Ständerat keine Ahnung über die finanzielle Belastung für die Kantone hatten, weil sie nicht Mitglied der zuständigen Kommission waren und so das Geschäft deren Mitglieder überlassen hatten.

*Ulrich Zimmerli* sieht die Hauptfrage nach wie vor darin, was in der heutigen komplexen und von den Medien stark geprägten Welt die Aufgabe des Parlaments sei. Man

müsse versuchen in den Kantonen so zu funktionieren, dass der Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern intakt bleibe und in der komplexen Welt des Bundesstaates die Prioritäten vielleicht etwas anders gesetzt würden. Hier sieht er durchaus Potenzial zur Effizienzsteigerung: Es müsse nicht sein, dass man Routinegeschäfte wie zum Beispiel die Staatsrechnung nach wie vor in beiden Räten zelebriere. Im Weiteren wäre es möglich, gewisse Geschäfte in den Kommissionen definitiv zu erledigen. Allerdings sei mit der Schaffung der ständigen Kommissionen eine Art Zweiklassengesellschaft geschaffen worden. Dies sei die Kehrseite der Medaille eines an sich guten Systems.

**Herr Zimmerli stellt folgende Fragen: Bringt es etwas mit neuen Normen, z.B. der Kontingentierung von Vorstössen, die Rechte der Parlamentarier zu beschränken? Ist es der richtige Weg, Kommissionssitzungen öffentlich zu machen? Führt das nicht zu einer Vorverlagerung der Diskussion? Gibt es Möglichkeiten im Parlamentsrecht die Effizienz zu steigern oder nicht? Tun wir besser daran mit Hilfe der Medien diesen Kulturwandel bewusst zu machen?**

*Paul Meier, Kantonsratspräsident St. Gallen*, ist der Ansicht, dass Parlamente und ihre Tätigkeit nicht schlecht geredet, sondern aufgewertet werden sollen. Er sieht in seinem Parlament keine Möglichkeiten mehr, die Sitzungen noch effizienter zu machen. Das Potenzial sei ausgeschöpft. Im Parlament sollten grundsätzliche Debatten geführt werden, damit überhaupt ein Interesse an der Parlamentsarbeit bestehe. Im St. Galler Parlament seien Diskussionen noch möglich: die Existenz von vier Parteien verhindere, dass das herauskomme, was die Fraktionen vorgespurt haben. Das Parlament sollte nicht zu sehr mit Reglementen beeinträchtigt werden, die Parlamentsmitglieder nicht zu stark in ihren Rechten beschnitten werden.

*Luc Saner, alt Grossrat Basel*, vertritt die Ansicht, dass auch auf kantonaler Ebene eine globale Sichtweise Einzug halten sollte. Eine solche Sichtweise würde verhindern, dass man all diese kleinen Geschäfte wälzen würde. Dies sei nicht effizient. Man müsse das Staatsleitungssystem auch auf kantonaler Ebene diskutieren. Erst eine Gesamtsicht erlaube es, die Frage nach den Zielsetzungen zu stellen.



*Christoph Lanz, Sekretär des Ständerates,* zitiert ein prominentes Mitglied des Ständerates, welches gesagt habe, das Parlament sei kein militärischer Verband. Es sei falsch, wenn man von einem Parlament Effizienz verlange im Sinne, dass möglichst viele Vorlagen möglichst schnell durch das Parlament durchgeschleust werden. Gerade nicht in der Schweiz, wo der einzelne Parlamentarier und die einzelne Parlamentarierin sehr viele Möglichkeiten der Antragsstellung und der Einflussnahme hätten, um die wir froh sein sollten. Das Parlament sei der Ort der Interessenvertretung, auch der Interessen der Minderheiten. Dies brauche Zeit, was den Mehrheiten bisweilen lästige erscheinen mag. Das Parlament müsse auch Themen aufgreifen, welche die Öffentlichkeit bewegt, wie zum Beispiel das Thema Kampfhunde. Daneben müsse das Parlament sicher auch Ergebnisse hervorbringen und Gesetzgebungen verabschieden. Vor diesem Hintergrund sind gewisse Massnahmen zur Effizienzsteigerung wie Redezeitbeschränkungen sicher nötig. Notwendig ist auch die Vorberatung der Geschäfte durch ständige Kommissionen; ein System von ad-hoc Kommissionen sei ineffizient und genüge den heutigen Anforderungen von Parlamenten nicht mehr. Die von Regierungsrat Conti erwähnten Ständeräte hätten nicht mehr über die Vorlage gewusst, wenn das Geschäft von einer ad-hoc Kommission vorberaten worden wäre. Im Weiteren kritisiert Christoph Lanz die Medienberichterstattung über die Session in Flims. Dort werde intensive Arbeit geleistet, über die nichts in den Zeitungen stehe. Er erwähnt die Vorlage NFA 2, welche 33 Gesetzesänderungen mit sich bringt, denen zum Teil erhebliche politische Bedeutung zukomme. Die Bundesversammlung wird es in der gleichen Session schaffen, die Differenzen zu bereinigen, was intensive Arbeit in zusätzlichen Kommissionssitzungen bedeutet. In den Zeitungen lese man jedoch über die "Wellness-Session" und über Nationalräte in Bademäntel. Diese Art von Berichterstattung grenze an Anti-Parlamentarismus. Die Medienschaffenden sollten diese Art von Berichterstattung hinterfragen.

### **3. Wünsche der Podiumsteilnehmer zum Schluss / Conclusions et perspectives**

*Ulrich Zimmerli fordert die Podiumsteilnehmer auf, ihren wichtigsten Wunsch bezüglich der Effizienz des Parlaments zu formulieren.*

*Claudia Schoch* betont, dass sie eine seriöse Berichterstattung über das Parlament als wichtig erachte und sich gerade deshalb wünsche, dass das Parlament dann Öffentlichkeit herstelle, wenn die Fragen noch brennen und wenn die Diskussionen unter den Parlamentsmitgliedern noch im Gange sind. Die öffentliche Debatte sollte zeitgerecht stattfinden und sie Journalisten und Journalistinnen sollten keine Vertraulichkeitsbarrieren überschreiten müssen, um die interessanten Diskussionen mitzubekommen. Da stimme etwas im Ablauf des Parlamentsbetriebes nicht mehr.

*Carlo Conti* hat nichts dagegen wenn sich Parlamentsmitglieder in der Wellness-Zone treffen, wenn sie dort innovative Ideen kreieren. Die nachhaltigsten und innovativsten Ideen entstünden – dies zeigten wissenschaftliche Untersuchungen – aus zufälligen Begegnungen zwischen Menschen.

Pour sa part, *Yves Christen* souhaiterait que l'on renoue avec ce qui fait l'essence du système politique suisse en menant une réflexion sur la question de la concordance. Il estime en outre que, dans un système de milice, il est indispensable que les députés soient tenus de déclarer leurs intérêts.

*Christian Heydecker* wünscht sich, dass die Parlamentarier die Einsicht haben, dass nicht dasjenige Parlament das Beste sei, welches am meisten Vorstösse produziere und am meisten Gesetze beschliesse. Er ist stolz darauf, dass das Schaffhauser Parlament hier mit gutem Beispiel vorangeht, und – wie in der Presse fast irritiert vermerkt wurde – weniger Vorstösse produziert habe.

*Andreas Gross*, bedauert ebenfalls den latenten Anti-Parlamentarismus, welcher zum Teil in den Medien zum Ausdruck komme. Allerdings beruhe eine schlechte Berichterstattung über das Parlament meistens auf Fehlern, welche dieses gemacht

habe. Im Fall der Flimser-Session wäre es sicher besser gewesen, nach Disentis zu gehen. Insbesondere hätte man nicht noch verlauten lassen dürfen, in Disentis gäbe es zu wenig Luxushotels.

*Andreas Gross* wünscht sich, dass das Parlament aufhört, vor der Komplexität zu kapitulieren, wie er dies in gewissen Fällen beobachten konnte. Zum Teil würden recht schwierige Gesetzgebungen gemacht wie zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer etc. In anderen Fällen wird aber sehr schnell argumentiert, es sei zu schwierig, eine Lösung zu finden. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn die Parlamentsmitglieder nicht in der Lage sind, genügend Zeit zu investieren. Deshalb müsse das Parlament professioneller arbeiten, was eine bessere Bezahlung seiner Mitglieder voraussetze.

*Ulrich Zimmerli* wünscht sich, dass die Ratsbüros die Gnade haben, die Arbeit in den Parlamenten so zu planen, dass diese die richtigen Prioritäten setzen und versuchen das Wesentliche vom weniger Wesentlichen zu unterscheiden, damit die Parlamente genügend Zeit haben, um die Dinge zu Ende zu diskutieren, die zum politischen Wohle unseres Landes diskutiert werden müssen. Und wenn möglich, ohne viele Normen, die die Rechte der Parlamentarier und der Parlamentarierinnen beschränken.